

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europa-Bericht 19/2002
vom 18.10.2002

EUROPABERICHT Nr.: 19/2002
Z u s a m m e n f a s s u n g

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP: ERGEBNISSE DER MINI-PLENARTAGUNG VOM 09. – 10.10.2002

Die Kommission vertreten durch Präsident *Prodi* und Erweiterungskommissar *Verheugen* informierten das EP über die am gleichen Tag von der Kommission angenommenen Fortschrittsberichte zur Erweiterung. *Prodi* wies darauf hin, dass sechs Monate vor dem Beitrittsdatum die Kommission eine endgültige Evaluierung vorlegen werde. *Verheugen* betonte, dass die Berichte ein Stück Prognose seien, da die Kandidatenländer sonst zum Zeitpunkt des Beitritts ihre Vorbereitungen abgeschlossen haben müssen. Seitens der Fraktionen wurden allgemein die Fortschrittsberichte begrüßt.

Nach Stellungnahme des EP zum Kommissionsvorschlag für einen Solidaritätsfonds kann der Rat endgültig Ende Oktober beschließen, so dass Anfang November die ersten Gelder in die von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Regionen in Deutschland und Österreich ausgezahlt werden können.

Seite 1

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

STAATSMINISTER BOCKLET EMPFÄNGT BAYERISCHE LANDRÄTE

Staatsminister Reinhold Bocklet hat am 14.10.2002 knapp 50 bayerische Landrätinnen und Landräte sowie die Spitzenvertreter des Bayer. Landkreistages in der Bayer. Vertretung in Brüssel empfangen. Die Kommunalpolitiker waren erstmals im Rahmen des jährlichen Landräteseminars nach Brüssel gekommen und hatten sich dort bei Gesprächen im Europäischen Parlament, der Kommission, dem Ministerrat, dem Ausschuss der Regionen und den Europabüros der bayerischen Kommunen, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes über aktuelle europäische Entwicklungen informiert.

Seite 5

RICHTLINIENVORSCHLAG ÜBER ZUGANG VON DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN ZU STUDIUM, BERUFSAUSBILDUNG ODER FREIWILLIGENDIENST

Die Europäische Kommission hat am 07.10.2002 einen Richtlinienvorschlag über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes angenommen. Er ergänzt den Richtlinienvorschlag über Einreise und Aufenthalt zur Aufnahme einer unselbständigen/selbständigen Erwerbstätigkeit vom 11.07.01.

Seite 6

KOMMISSION SCHLÄGT RÜCKKEHRAKTIONSPROGRAMM VOR

Die Europäische Kommission hat am 14.10.2002 die Mitteilung über eine Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen beschlossen. Sie schlägt darin ein konkretes Rückkehraktionsprogramm vor. Nach den Planungen der dänischen Ratspräsidentschaft soll, entsprechend der Beschlüsse des Europäischen Rats von Sevilla, dieses Aktionsprogramm noch im Jahr 2002 verabschiedet werden.

Seite 8

RAT JUSTIZ- UND INNERES AM 14./15.10.2002: BEREICH INNENPOLITIK

Der Rat behandelte zahlreiche innenpolitische Themen. Beschlüsse von herausragender Bedeutung wurden dabei nicht gefasst. Detaillierte Informationen über den Verlauf dieses Tagungsteils lagen zu Redaktionsschluss dieses Europaberichts noch nicht vor. Zur Annahme der Richtlinie über Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern verwies Bundesinnenminister *Otto Schily* darauf, dass die deutschen Länder eine EU-Kompetenz für Regelungen über den Zugang von Drittstaatsangehörigen zum Arbeitsmarkt verneinen und verlangte die Streichung der entsprechenden Vorschrift. Nach dem dies keine Zustimmung fand, kündigte der dänische Vorsitz an, die Richtlinie erneut auf die Tagesordnung der Ratstagung am 28./29. November zu setzen und einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten.

Seite 10

EUROPÄISCHEN PARLAMENT BEFÜRWORTET RICHTLINIE ÜBER DAS ENERGIEPROFIL VON GEBÄUDEN

Das Europäische Parlament hat am 10.10.2002 in zweiter Lesung dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates für eine Richtlinie über das Energieprofil von Gebäuden weitgehend

zugestimmt. Aufgrund von Abstimmungen zwischen Parlament und Rat über die Änderungen ist mit einer baldigen formellen Annahme der Richtlinie durch den Rat zu rechnen.

Seite 11

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

PATENTRECHT IN DER BIOTECHNOLOGIE UND DER GENTECHNIK: BERICHT DER KOMMISSION ÜBER ENTWICKLUNGEN UND AUSWIRKUNGEN

Die Kommission hat am 07. 10.2002 einen ersten Bericht zu Entwicklung und Auswirkungen des Patentrechts im Bereich der Biotechnologie und der Gentechnik vorgelegt. Sie geht insbesondere auf einige kontroverse Fragen ein, die derzeit auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene erörtert werden und die von einer Sachverständigengruppe noch umfassender analysiert werden sollen:

- den Schutzzumfang von Patenten auf aus dem menschlichen Körper stammende isolierte Gensequenzen oder Teilsequenzen;
- die Patentierbarkeit menschlicher Stammzellen und daraus hergestellter Zelllinien.

Seite 12

JUSTIZ UND INNENRAT VOM 14./15.10.2002: WICHTIGE ERGEBNISSE IM BEREICH DER JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK

1. Prozesskostenhilfe: aufgrund der Fortschritte voraussichtlich Annahme der Richtlinie am 28./29.11.2002
2. Bestechung im privaten Sektor: noch keine umfassende politische Einigung
3. Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten: Orientierungsdebatte des Rates
4. Sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie: Politische Einigung endlich erzielt
5. Illegaler Handel mit Drogen: nach wie vor keine Einigung
6. Gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen: Keine Fortschritte zu verzeichnen
7. Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen: Einvernehmen über einen Ratsbeschluss erzielt
8. Terrorismus/Evaluierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten: weitgehend politische Einigung

Seite 14

FINANZMINISTER DER EUROGRUPPE VERPFLICHTEN SICH ZUR VERRINGERUNG DES STRUKTURELLEN DEFIZITS AB 2003

Die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe einigten sich am 7. Oktober 2002 darauf, dass die Mitgliedstaaten, die noch immer keinen nahezu ausgeglichenen Haushalt bzw. einen Überschuss aufweisenden Haushalt vorgelegt haben, ihre strukturellen Defizite ab 2003 um mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr reduzieren. Frankreich allerdings akzeptierte den Termin 2003 nicht.

Seite 21

MONETÄRER DIALOG MIT DEM PRÄSIDENTEN DER EZB *DUISENBERG* AM 8. OKTOBER 2002

Im Rahmen des monetären Dialogs beurteilte der Präsident der EZB *Duisenberg* die Risiken für die Preisstabilität als ausgewogen. Enttäuscht zeigte er sich über die Finanzpolitik in verschiedenen Mitgliedstaaten und forderte weitere Reformfortschritte.

Seite 23

KOMMISSION GIBT STELLUNGNAHME ZUR HAUSHALTSSITUATION 2001 IN PORTUGAL AB

Auf der Grundlage des von der Kommission am 24. September 2002 vorgelegten Berichts gab die Kommission am 16. Oktober 2002 eine Stellungnahme zu dem übermäßigen Defizit in Portugal ab und empfahl dem Rat, eine Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 an Portugal zu richten.

Seite 24

BESTEUERUNG DER SPARERTRÄGE

Der ECOFIN-Rat konnte sich am 8. Oktober 2002 nicht darauf einigen, zusätzliche Maßnahmen gegen die Schweiz zu ergreifen, um diese zu der Einführung eines Informationsaustauschs mit der EU zu veranlassen.

Seite 25

HARMONISIERUNG DER ENERGIESTEUER KOMMT NUR MÜHSAM VORAN

Der ECOFIN-Rat konnte sich am 8. Oktober 2002 lediglich auf die Definition der energieintensiven Unternehmen einigen. Die anderen strittigen Punkte (Ausnahmen für gewerblich verwendeten Dieselkraftstoff, die Übergangsfristen, sowie die Frage, ob energieintensive Unternehmen niedriger besteuert werden können) blieben noch offen.

Seite 27

EINIGUNG AUF EINE NEUE ZENTRALISIERTE EU-FINANZMARKTAUFSICHT

Der ECOFIN-Rat hat am 8. Oktober 2002 einen Bericht des Wirtschafts- und Finanzausschusses zur finanziellen Stabilität zur Kenntnis genommen.

Seite 28

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

ERWEITERUNG: KOMMISSION EMPFIEHLT ABSCHLUSS DER VERHANDLUNGEN MIT ZEHN KANDIDATENLÄNDERN

Die Europäische Kommission hat am 9. Oktober 2002 empfohlen, die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union mit **Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern** bis Ende **2002** abzuschließen. Nach Ansicht der Kommission sind diese Länder ab **2004** für die Mitgliedschaft bereit. Die Kommission will das Ziel eines Beitrittes von **Bulgarien und Rumänien** im Jahr 2007 unterstützen. Für die **Türkei** hat die Kommission keine Beitrittsempfehlung ausgesprochen. Allerdings soll die Unterstützung für deren Beitrittsvorbereitungen durch zusätzliche Mittel verstärkt werden. Der Europäischen Rat wird sich am 24. und 25. Oktober in Brüssel mit diesen Empfehlungen befassen.

Seite 29

BAYERISCHE WIRTSCHAFT INFORMIERT SICH IN BRÜSSEL

Eine Delegation von acht Fachverbänden des Bayerischen Handwerks, der Vorstand der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung und der Vorstand der W.L. Gore and Associates GmbH

informierten sich im Rahmen von der Bayerischen Vertretung organisierten separaten Gesprächsprogrammen am 8. und 9. Oktober 2002 über die neuesten Entwicklungen auf europäischer Ebene. Gleichzeitig fand das zehnte einwöchige Eurovolontariat für Nachwuchsführungskräfte aus der bayerischen Wirtschaft und Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft vom 7. bis 11. Oktober statt.

Seite 31

HOCHWASSER: KOMMISSION GENEHMIGT HILFSPROGRAMME

Die Europäische Kommission hat am 10. Oktober vier Hilfsprogramme zugunsten von hochwassergeschädigten Gewerbebetreibenden und Landwirten in Deutschland gemäß Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b des EG-Vertrags genehmigt.

Seite 32

TRANSEUROPÄISCHE VERKEHRSNETZE: KEINE EINIGUNG AUF VERKEHRSMINISTERRAT

Der Verkehrsministerrat vom 3. Oktober 2002 konnte sich nicht auf eine Revision der Prioritätenliste für die europäischen Verkehrsprojekte und der damit verbundenen Erhöhung des Anteils der gemeinschaftlichen Finanzierung von 10 auf 20 % einigen. Betroffen sind auch **bayerische** Projekte.

Seite 32

ÖKOPUNKTE: ÖSTERREICHISCHER UND ITALIENISCHER VERKEHRSMINISTER UNTERZEICHNEN PROTOKOLL

Am Rande des Verkehrsministerrates vom 3. Oktober haben der österreichische Verkehrsminister *Reichold* und sein italienischer Amtskollege *Lunardi* ein Protokoll über den Ersatz des Ökopunktesystems unterzeichnet.

Seite 33

LUFTVERKEHR: EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT TRITT EUROCONTROL BEI

Die Bevollmächtigten der 31 EUROCONTROL-Mitgliedstaaten und die Europäische Gemeinschaft, vertreten durch die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und den Präsidenten des Rates „Verkehr“ der Europäischen Union, haben am 8. Oktober 2002 das Protokoll über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zu EUROCONTROL unterzeichnet.

Seite 34

ENERGIEBINNENMARKT: KEINE EINIGUNG AUF DEM ENERGIERAT - KOMMISSIONSBERICHT: UNGLEICHMÄßIGE LIBERALISIERUNG

Der Energierat vom 4. Oktober 2002 hat zwar Fortschritte erzielt, ist aber insbesondere wegen des Widerstandes von Frankreich zu keiner Einigung über die vollständige Öffnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte gekommen. In ihrem zweiten Benchmarkingbericht vom 3. Oktober 2002 bezeichnet die Kommission die Fortschritte bei der Öffnung der europäischen Energiemärkte als ungleichmäßig.

Seite 35

GASBINNENMARKT: KOMMISSION VERKLAGT DEUTSCHLAND

Die Kommission hat am 16.10.2002 beschlossen, Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen mangelnder Umsetzung der EU-Erdgasrichtlinie zu verklagen

Seite 36

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

VERTEILUNG DER DIREKTZAHLUNGEN AN DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE IN EUROPA

Kommissar *Fischler* hat auf vielfältiges Drängen endlich das umfangreiche Zahlenmaterial zur Verteilung der Direktbeihilfen auf die landwirtschaftlichen Betriebe, gegliedert nach Betriebsgrößenklassen, vorgestellt.

Die Behauptung, dass 80 % der Beihilfen an 20 % der Betriebe gezahlt werden, wird durch dieses Zahlenmaterial etwas relativiert. Im Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten erhalten 7 % der Landwirte 50 % der Zahlungen, jedoch erhalten 70 % der Landwirte weniger als 5.000 Euro pro Betrieb. Aufgrund der stark unterschiedlichen Agrarstruktur gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. In Deutschland fließen über 30 % aller Direktbeihilfen in landwirtschaftliche Großbetriebe, während in der EU nur knapp 12 % in Betriebe mit mehr als 100.000 Euro fließen.

Seite 37

ERGEBNISSE DES AGRARMINISTERRATES IN LUXEMBURG

Kommissar *Fischler* hat sich erneut für die große Bedeutung der Entkopplung im Rahmen der Mid-Term-Review ausgesprochen, da vor allem die WTO-Verhandlungen durch diesen Beschluss erleichtert würden. Die Modulation wird von vielen Mitgliedstaaten kritisiert, einige Mitgliedstaaten fordern eine Freigrenze von 10.000 Euro. Ebenfalls wird die Verlagerung von Modulationsmitteln aus den Mitgliedstaaten gemäß den Kohäsionskriterien abgelehnt. In Bezug auf die Milchmarktordnung scheint sich herauszukristallisieren, dass die Front der Mitgliedstaaten, die die Abschaffung der Quoten fordert, etwas bröckelt und sich viele Mitgliedstaaten der Beibehaltung des Status Quo annähern. Die Einführung einer 2-stufigen Quote wird im Moment von keinem Mitgliedstaat unterstützt.

Seite 39

BUNDESREGIERUNG GIBT FUNDAMENTALOPPOSITION ZU DEN DIREKTZAHLUNGEN DER MOE-STAATEN LANGSAM AUF

Seite 41

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

RAT „BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK“ DISKUTIERT REFORM DER BESCHÄFTIGUNGSSTRATEGIE

Im Mittelpunkt der Tagung des EU-Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 8. Oktober 2002 in Luxemburg stand eine ausführliche Aussprache zur Reform der Europäischen Beschäftigungsstrategie und des beschäftigungspolitischen Leitlinienprozesses. Weitere Themen: Leiharbeit, Sozialpartnerschaft sowie das Thema „Geschlecht und Marginalisierung“. Für Januar 2003 wurde eine Kommissions-Mitteilung zur Überarbeitung der Europäischen Beschäftigungsstrategie angekündigt.

Seite 43

EUROSTAT: FRAUEN IN DEUTSCHLAND IM VERGLEICH ZU MÄNNERN EU-WEIT AM SCHLECHTESTEN BEZAHLT

Im europäischen Durchschnitt verdienen einer Studie von Eurostat zufolge weibliche Arbeitnehmer EU-weit im Durchschnitt weitaus weniger als ihre männlichen Kollegen, im Schnitt etwa 20%. Das europaweit größte Gefälle gibt es dabei in Deutschland und zwar sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor: Frauen verdienen hier im privaten Sektor nur 73 % (öffentlicher Sektor: 77 %) des Gehalts der Männer.

Seite 47

STUDENTENMOBILITÄT: KOM-RICHTLINIENVORSCHLAG SIEHT AUCH BEGRENZTES RECHT AUF ARBEITSAUSÜBUNG VOR

Der von der Europäischen Kommission am 07. Oktober 2002 verabschiedete Richtlinienvorschlag „zur Angleichung der Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines freiwilligen Dienstes in der EU“ (KOM 2002, 548) beinhaltet im Wesentlichen die Anerkennung eines Rechts auf Mobilität von Studenten, die ihr Studium in einem anderen Mitgliedsstaat fortsetzen möchten. Der Vorschlag enthält aber auch beschäftigungs- und sozialpolitische relevante Passagen (zum Richtlinienvorschlag insgesamt: vgl. den federführenden Beitrag für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Inneren).

Seite 49

QUALIFIKATION UND MOBILITÄT: EP BEGRÜSST KOM-AKTIONSPLAN

Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2002 eine Entschließung zur Mitteilung der Kommission betreffend den Aktionsplan für Qualifikation und Mobilität im Rahmen einer nicht-legislativen Stellungnahme verabschiedet. Der KOM-Aktionsplan wird begrüßt und mit einer Reihe weiterer Anregungen versehen.

Seite 50

GLEICHBEHANDLUNG AM ARBEITSPLATZ: EU-RICHTLINIE 2002/73/EG TRITT IN KRAFT, EINE WEITERE IST IN PLANUNG

Die Richtlinie 2002/73/EG vom 23. September 2002 über die Einführung des Prinzips der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu Beschäftigung, Ausbildung und beruflicher Förderung sowie bei den Arbeitsbedingungen ist am 6.10.2002 in Kraft getreten. Die EU-Vorschrift wurde im Amtsblatt L 269 vom 5. Oktober 2002 veröffentlicht. Die Mitgliedsstaaten der EU haben bis zum 5. Oktober 2005 Zeit, die Richtlinie in ihre nationalen Regelwerke umzusetzen.

Seite 51

EUGH: URTEILE ZU BEITRAGSZEITEN UND STEUERDISKRIMINIERUNG BEI ALTERSRENTE

Der EuGH hat auf Ersuchen eines spanischen Sozialgerichts festgestellt, dass bei der Berechnung von Altersrenten auch solche Ansprüche zu berücksichtigen sind, die sich aus früheren Beiträgen vor dem Eintritt in die aktuelle Rentenkasse ergeben. In einem weiteren Urteil hat der EuGH einen Fall der Steuerdiskriminierung bei Zusatzrenten für unrechtmäßig erklärt.

Seite 52

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: EP BEGRÜSST KOMPROMISS IN DER ETHIKFRAGE (SECHSTES FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM)

Das Europäische Parlament hat den vom Wettbewerbsfähigkeitsrat am 30.09.2002 angenommenen Kompromiss im Hinblick auf die gemeinschaftliche Förderung von Projekten im Bereich der Stammzellenforschung akzeptiert. Damit ist die diesbezügliche Konfrontation zwischen Rat und EP, die stellenweise Züge einer institutionellen Krise anzunehmen drohte, beigelegt.

Seite 54

DISKUSSION UM DIE SCHAFFUNG EINES SOG. EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRATS

Der dänische Forschungsminister *Sander* sieht im Hinblick auf die Schaffung eines sog. Europäischen Forschungsrats noch erheblichen Diskussionsbedarf, u. a. hinsichtlich der Frage einer Zusammenführung der Forschungsförderung in Europa.

Seite 55

KOMMISSAR *BUSQUIN* RUFT MITGLIEDSTAATEN ZU VERSTÄRKTEN ANSTRENGUNGEN IM HINBLICK AUF DIE SCHAFFUNG EINES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUMS AUF

Forschungskommissar *Busquin* hat das Engagement der Mitgliedstaaten bei der Schaffung eines Europäischen Forschungsraums als "zu schwach oder zu oberflächlich" bezeichnet und zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen.

Seite 56

KULTUR: INITIATIVBERICHT ZUR BEDEUTUNG DES THEATERS IN EUROPA FORDERT SCHAFFUNG EINES EUROPÄISCHEN RAUMS DER DARSTELLENDEN KÜNSTE

Unter Annahme des Initiativberichts *Fraisse* (F/Vereinigte Europäische Linke) über die Bedeutung und die Dynamik des Theaters und der darstellenden Künste im erweiterten Europa hat sich der EP-Kulturausschuss für die Schaffung eines Europäischen Raums der darstellenden Künste ausgesprochen.

Seite 57

BILDUNG: SICHT DER KOMMISSION ZUR ANERKENNUNG VON DIPLOMEN UND STEIGERUNG DER QUALITÄT IM HOCHSCHULBEREICH

Der Generaldirektor der GD 'Bildung und Kultur' *van der Pas* hat sich für eine generelle gegenseitige Diplomakzeptanz sowie die Schaffung eines europäischen Rahmens für die gegenseitige Anerkennung nationaler Qualitätssicherungssysteme und die Ausweitung des Bologna-Prozesses auf die Promotionsphase ausgesprochen.

Seite 59

BILDUNG: NEUESTE ENTWICKLUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

Auf der nächsten Tagung des Bildungsministerrates am 12.11.2002 soll eine Entschließung zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung (sog. "Brücke-Prozess") angenommen werden, die die Grundlage für die Einbeziehung der Beitrittskandidatenstaaten im Rahmen einer europäischen Ministerkonferenz am 29./30.11.2002 in Kopenhagen darstellen soll. Im Hinblick auf die Implementierung des Arbeitsprogramms 'Künftige Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung' hat die Kommission die Mitgliedstaaten zur Organisation von Sitzungen der zehn Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Programms aufgerufen.

Seite 61

EP NIMMT VORSCHLAG ZUM EMISSIONSHANDEL MIT GROßER MEHRHEIT AN

Das EP hat in erster Lesung am 10. Oktober 2002 mit großer Mehrheit die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für den Handel mit Emissionszertifikaten bejaht. Die Abstimmung bestätigte die im federführenden Unterausschuss vom 10. September 2002 beschlossenen Anträge. Mit knapper Mehrheit wurde ein Änderungsantrag angenommen, wonach 85 % der Emissionsrechte gratis zugeteilt und 15 % versteigert werden sollen.

Seite 64

BESUCH VON STAATSMINISTER DR. SCHNAPPAUF AM 10./11. OKTOBER 2002 IN BRÜSSEL

Im Mittelpunkt des Besuchs standen die Teilnahme am „Umweltstammtisch“ sowie Gespräche mit Botschafter Dr. *Schönfelder* und Umwelt-Generaldirektorin *Catherine Day*. Zentrale Themen waren die Kompetenzneuordnung sowie Instrumente und Strategien des europäischen Umweltschutzes. Staatsminister Dr. *Schnappauf* mahnte eine stärkere internationale Ausrichtung der europäischen Umweltpolitik an, forderte eine breitere Wahrnehmung regionaler Einzelfragen durch die Länder und erläuterte die Vorteile eines freiwilligen Umweltpakts auf europäischer Ebene.

Seite 65

EP-UMWELTAUSSCHUSS KRITISIERT VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR UMWELTHAFTUNG

Der Umweltausschuss des EP äußerte sich am 8. Oktober 2002 in einer Aussprache kritisch zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Umwelthaftung. Positiv sei zwar die grundsätzliche Idee der Haftung für Umweltschäden zu bewerten, jedoch sei das Verursacherprinzip durch den Richtlinienvorschlag der Kommission nur unzureichend ausgefüllt.

Seite 67

EINIGUNG ÜBER RICHTLINIE ZUM ELEKTRO-/ELEKTRONIKSCHROTT IM VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS

Am 11. Oktober wurde im Vermittlungsverfahren zwischen dem EP und dem Rat eine Einigung bei der Entsorgung von Elektro-/Elektronikschrott erzielt. Das Einvernehmen wurde von der Kommission sowie vom Europäischen Umweltbüro (EEB) begrüßt. Zum ersten Mal habe die EU den Herstellern eine individuelle Verantwortung bei einem Umweltgesetz auferlegt.

Seite 68

KOMMISSARIN WALLSTRÖM KRITISIERT ABFALLDEPONIE

Auf einem Seminar am 1. Oktober 2002 hat Umweltkommissarin *Wallström* eine Reihe von Abfalldeponien kritisiert. Gegen insgesamt 36 Deponien in sieben Mitgliedsstaaten seien bereits Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden. Mit der Benennung von Beispielen wollte die Kommission Betreiber und Öffentlichkeit informieren sowie den Druck auf die Verantwortlichen erhöhen.

Seite 69

KOMMISSION GIBT STARTSCHUSS FÜR PROJEKT ZUR SCHADSTOFFMESSUNG IN INNENSTÄDTEN

Die Kommission hat eine groß angelegte Untersuchung in europäischen Großstädten zur Schadstoffbelastung von Menschen in Innenstädten vorgestellt. Das Projekt namens PEOPLE startet im Oktober 2002 in Brüssel und Lissabon. Im Februar 2003 sollen der Öffentlichkeit erste Ergebnisse präsentiert werden.

Seite 70

AGRARRAT FINDET KEINE EINIGUNG ÜBER DEN SCHWELLENWERT VON GVO

Der Agrarrat konnte sich am Montag, 14. Oktober in Luxemburg nicht darauf einigen, ob der von der Kommission vorgeschlagene Schwellenwert von 1,0 % für nachweisbare gentechnisch veränderte Organismen (GVO) angenommen werden sollte. Auch die Frage der Etikettierungsschwelle für erlaubte GVO ab einer Grenze von 0,5 % oder 1 % blieb streitig. Die Debatte beruht auf dem Kommissionsvorschlag für eine Verordnung vom Juli 2001 (KOM 2002, 362 endg.).

Seite 71

RECHTSAUSSCHUSS DES EP: BEI TABAKWERBUNG KEIN TOTALVERBOT

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat diese Woche über den Vorschlag der Kommission zur Angleichung von Rechtsvorschriften über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen (KOM(2001) 283) abgestimmt und sich der deutschen Position gegen ein Tabakwerbeverbot angenähert.

Seite 72

THEMA –BRUSTKREBS- IM EUROPAPARLAMENT

Der EP-Ausschuss für die Rechte der Frauen hat eine öffentliche Anhörung zum Thema Brustkrebs durchgeführt. Im Vordergrund standen die Bereiche Präventivmaßnahmen, Frühdiagnostik und Schaffung multidisziplinärer Zentren. Die hochkarätig besetzte Veranstaltung u. a. mit Kommissar *David Byrne* und international renommierten Wissenschaftlern sprach sich deutlich für die Entwicklung von Leitlinien für die Behandlung von Brustkrebs aus.

Seite 74

KEINE POLITISCHE EINIGUNG IM KAMPF GEGEN SALMONELLEN UND ANDERE ZOOSE

Am 14.10. standen Zoonose-Regelungen auf der Tagesordnung des Agrarrates. Mit umfassenden Kontrollen von Erregern in Lebensmitteln soll nach einem Vorschlag der Europäischen Kommission die Bekämpfung beispielsweise von Salmonellen in der EU stärker angegangen werden. Dabei stehen insbesondere die Erfassung und Registrierung der Erreger in den Mitgliedsstaaten im Mittelpunkt. Streitpunkt ist die Finanzierung dieser Erfassung und der Kontrollen. Eine politische Einigung konnte nicht erzielt werden, so dass die Entscheidung vertagt wurde.

Seite 75

Geschäftsbereich LuK- und Medienpolitik

INFORMATIONSGESELLSCHAFT/MEDIENPOLITIK: AUSBLICK UND BILANZ DER IT-FORSCHUNGSFÖRDERUNG DER EU

Nachdem das 6. Forschungsrahmenprogramm sowie dessen spezifischen Programme alle Hürden in der europäischen Gesetzgebung genommen haben, hat die Kommission mittlerweile einen Entwurf für das Arbeitsprogramm 2003 und 2004 im Bereich IT-Forschung vorgelegt. Insgesamt plant sie demnach zwei Ausschreibungen für die Jahre 2003 und 2004 mit rund 1,725 Mrd. € im IT-Bereich (Gesamtbudget der IT-Forschung: 3,625 Mrd. € 2003-2006). 70 % des Zweijahresbudgets sollen auf die neuen Instrumente (integrierte Projekte und Exzellenz-Netzwerke) entfallen.

Seite 77

INFORMATIONSGESELLSCHAFT/ MEDIENPOLITIK: KOMMISSION GENEHMIGT „GEGENSEITIGKEITSVEREINBARUNGEN“ ZUR ERTEILUNG VON GLOBALLIZENZEN FÜR DIE VERBREITUNG VON TV- UND RADIOSENDUNGEN ÜBER DAS INTERNET

Die EU-Kommission genehmigte den Rundfunksendern eine Freistellung vom Kartellverbot, indem ihnen gestattet wird, eine multiterritoriale Lizenz für die Ausstrahlung von Musik per Internet zu erlangen.

Seite 79

INFORMATIONSGESELLSCHAFT: DIE EU UMREIßT RAHMEN FÜR DEN ENDE 2003 GEPLANTEN „DOPPEL-WELTGIPFEL“ FÜR DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT

In einer Rede Ende September 2002 in Genf stellte ein Vertreter Dänemarks als „Sprecher der EU“ die wichtigsten Themenfelder für den im Dezember 2003 beginnenden „Doppel-Weltgipfel für die Informationsgesellschaft“ vor. Die Vorbereitungen für dieses Ereignis laufen derzeit auch in der EU auf Hochtouren. Die Überbrückung „der digitalen Kluft zwischen den an Informationen Reichen und den an Informationen Armen“ sollte nach den Vorstellungen der EU die dem Gipfel zugrunde liegende Vision sein.

Seite 81